

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden, N. 10, Hallesche Straße 40

Verlagspreis 21 Mark Postfachkonto: Leipzig Nr. 1477

Sächsische Volkszeitung

Wichtigste: Reichstagswahl in der Reichshauptstadt oder von der Volk abgehoht Ausgabe A mit Wochens. Beilage 10.00 M Ausgabe B 9.15 M. In Dresden und ganz Sachsen ist Haus Ausgabe A 10.65 M, Ausgabe B 9.90 M. — Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachm. — Erscheinung der Heftausgabe: 11 bis 12 Uhr vorm.

Wichtigste: Annahme von Geschäftsangelegenheiten bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm. — Preis für die Zeitungsbeilage 1.40 M, im Restanteil 3.50 M, Familienangelegenheiten 1.50 M. — Für unentgeltlich geschickte, sowie durch Verleger aufgegebenen Anzeigen können wir die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben nicht übernehmen

Regierungsverbreiterung und Neuwahlen

Zeit wird in der gesamten Presse Deutschlands eifrig über die Möglichkeit einer Verbreiterung der Regierung diskutiert; in diesem Zusammenhang taucht auch verschiedentlich die Frage von Reichstagsneuwahlen auf, eine Frage, die von der einen Seite lebhaft befürwortet, von der anderen ruhiger und reservierter behandelt wird. Nach unserer Meinung liegt im Augenblicke die fruchtbarere Erörterung weder der einen noch der anderen Frage durchaus eine sichere und wichtige Verantwortung vor. Das Kabinett, das sich nach großen Mühen und Schwierigkeiten endlich zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengesunden hat, ist im ersten Monat seiner Amtstätigkeit fast ausschließlich durch die Verhandlungen in Spa in Anspruch genommen gewesen. Es hat dabei an Arbeitskraft wie an Verhandlungsfähigkeit einem rücksichtslos gegenüber das Weichenmögliche geleistet. In gerechter Würdigung der schwierigen Aufgabe hat auch die übergroße Mehrheit des deutschen Volkes durch sein Parlament der Regierung sein Einverständnis bezüglich der getroffenen Maßnahmen erteilt, wenn auch dabei durchaus nicht verborgen werden soll, daß dieses auf dieser oder jener Seite nicht ohne Bekümmernis und ohne tiefen inneren Schmerz über unsere Reichslosigkeit die ehemaligen Untertanenstaaten gegenüber geschwiegen ist. Dennoch war man bei der überwiegenden Mehrheit überzeugt, daß es damals für uns keinen anderen Weg geben konnte als den, den die Regierung beschritten hat, sofern sie das Ärgste, einen Einmarsch der Franzosen, verhindern wollte. Erst nach der vollständigen Erledigung der Verhandlungen von Spa konnte die Regierung daran gehen, bereits langgehegten Plänen näherzutreten und sich den notwendigen Aufgaben im Innern des Reiches mit aller Aufmerksamkeit und Energie zu widmen. Dabei ist es von vornherein klar, daß Vorgänge, wie die der Breslauer Art und die des Eingriffs von rassistischen Eisenbahnerorganisationen, wie wir sie in der Zukunft als trübseliges Beispiel erleben mußten, wachsam nicht gelassen sein dürfen, die an sich so schwierige Arbeit der Regierung zu erleichtern und in einem solchen Maße zu fördern, wie es notwendig wäre und von allen Seiten erstrebt werden muß. Sie muß nur ein ganz geringes Maß von Verständnis für unsere Lage besitzen, und die auf's treueste vollziehen, daß wir aus dem Elend, wenn auch nur langsam, so doch in Zeitigkeit zum Besseren fortschreiten. Es ist uns bekannt, daß das Kabinett sich eingehend mit den Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues beschäftigt. Man wird sich in aller Kürze aufs sorgfältigste und in aller Entschiedenheit in der Frage des Preisabbaues beschäftigen werden, ebenso den Wiederaufbau der Kriegsgesellschaften energisch betreiben und daran gehen, mit allen Mitteln die Staatsautorität in jeder Weise vor schädlichen Eingriffen und vor verbrecherischen Ausschlägen zu schützen, um sie nach jeder Richtung hin zu sichern. Denn sie bildet die Voraussetzung dafür, daß der Wiederaufbau überhaupt in Angriff genommen werden kann. Um so unverständlicher ist es daher, wenn die mehrheitssozialistische Presse fast in diesem Augenblicke es für gut befindet, das Kabinett Fehrbuch zur Zielgröße von Angriffen zu machen, die in einer unverständlichen, überhöhten und geradezu unverantwortlichen Weise unter Ausnutzung aller demagogischen Mittel geführt werden. Von mancher Seite hat man hierin einen Wunsch der Mehrheitssozialisten nach der Teilnahme an der Regierung lesen wollen oder aber den Wunsch zu möglichst baldigen Neuwahlen, die eine Veränderung des Bildes und damit auch der Realitäten herbeiführen könnten. Was diese Fragen angeht, so weiß doch jedermann, wie wir den Sozialdemokraten damals, als es sich um die Bildung der Regierung handelte, auch von unserer Seite aus den Eintritt in die Regierung nicht einmal nur, sondern wiederholt und nachdrücklich angeboten haben; sie bleiben trotz alledem hartnäckig auf ihrem ablehnenden Standpunkte verharren. Wenn es ihr eigener Wunsch wäre und sie selbst dazu die Initiative ergäben, heute an der Regierung teilzunehmen, so würde man zweifellos diesem Begehren näher treten. Im Augenblicke scheint aber die Stimmung der Mehrheitssozialdemokratie nicht nach dieser Richtung hin geneigt zu sein. Und es wäre zwecklos, sie zu einem solchen Schritte drängen zu wollen, obwohl man auch heute noch zugeben muß, daß, wie wir vom Zentrum damals ihr Sperrverbot in dieser Frage bei ihrer zahlenmäßigen Stärke und als Mitbegründerin der Weimarer Verfassung nicht verstanden haben und es ausschließlich taktischen Momenten zuschreiben zu müssen glaubten, wie ihre Nichtteilnahme nach wie vor bedauerlich ist. Es ist aber im höchsten Grade verwunderlich, ja geradezu unverständlich, in welcher Art und Form die sozialistischen Wähler gegen die heutige Regierung Einwände erheben, die weder durch Tatsachen zu belegen sind, noch den Ton einem sachlichen und schlichten Kritik besitzen, sondern vielmehr sich in denselben Bahnen bewegen, wie sie die Sozialisten früher in Anspruch genommen, als sie noch in der radikalsten Opposition zu Senat und Regierung standen, ein Art, die sie selbst an der Macht in letzter Zeit häufig und zwar mit Recht zu tadeln sich angelegen sein lassen. Sollten die Herren von der Mehrheitssozialdemokratie so schnell wieder in ihren alten Fesseln verfallen, so schnell wieder einer alten Gewohnheit nachgeben? Man ist versucht, diese ausartenden oppositionellen Töne mehr einer starken Enttäufung der sozialistischen Parteipresse zuzuschreiben, als einer inneren Überzeugung, weil

man im gegenwärtigen Augenblicke der Spaltung unter den Unabhängigen anlässlich des Stretes um die dritte Internationale durch eine möglichst scharfe Hervorhebung einer oppositionellen Stellungnahme eine Reihe von seinerzeit zu den Unabhängigen abgewanderten Anhänger wieder zu gewinnen hofft. Jedenfalls kann man schwer annehmen und man würde es im höchsten Grade beifremdlich halten, wenn die offiziellen Vertreter der mehrheitssozialistischen Partei Art und Inhalt der Angriffe billigen oder beken wollten, Männer, die sich bemüht sein müssen, wie außerordentlich schwer es ist, in diesen Fährnissen das Staatsgeschiff glatt und allen zu Gefallen zu lenken. Die Regierung hat es bisher äußerst klug verstanden, unter Wahrung des Gesichtspunktes, den sie ausdrücklich betont hat, nicht gegen die Arbeiter regieren zu wollen, sich bei ihren Vorlagen und Maßnahmen diejenige Mehrheit zu sichern, die für die Verabschiedung notwendig war. Sie hat damit den Beweis erbracht, daß sie selbst als eine Minderheitsregierung zu arbeiten imstande ist, wenn nur die Parteien gewillt sind, bei Betrachtung der einzelnen Dinge nicht Parteileidenschaft und demagogische nach außen berechnete und auf die breiten Wählermassen angeschnittene Agitationspolitik sprechen zu lassen, sondern allüberall den Maßstab einer sachlichen und gerechten Beurteilung anzulegen, eine Forderung, deren Erfüllung notwendig ist, wenn fruchtbarere Arbeit geleistet werden soll. Die Regierung wird in ihrem Bestreben, dem Volke zu dienen, fortfahren und ihre Geschäfte führen, so lange sie in ihren Maßnahmen das Vertrauen des deutschen Volkes besitzt. Zudem soll man bedenken, daß die Regierung sich zu dem nicht minder schweren Gange nach Genf rüstet und es nicht an der Zeit sein dürfte, ihr diesen Gang unnötigerweise zu erschweren.

Die katholische Woche

Vertretertag der katholischen Verbände

Würzburg, 14. September 1920

Nachdem am Montagabend unter starker Anteilnahme der Würzburger Bevölkerung eine feierliche Begrüßung des Vertretertages stattgefunden hatte, nahm dieser am Dienstagmorgen seinen offiziellen Anfang. An der aus allen Teilen des Reiches stark besuchten ersten Vertretertag nahmen eine große Zahl hervorragender Männer des katholischen Lebens teil. Die erste Sitzung wurde von dem stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees Pfalz Löwentstein mit einer Ansprache eröffnet, in der er unter lebhaftem Beifall hervorgehob, daß die katholischen Deutschlands mit aller Kraft das Verbot ablegten, daß uns die Durchdringung unseres gesamten öffentlichen Lebens mit dem christlichen Gedanken allein nur helfen kann. Am katholischen Leben müsse die Welt genesen. Die Staatsgewalt und die Kirche der hochwürdigsten Bischöfe von Würzburg und Bamberg überbrachte Domkapitular Stahlitz. Namens der Stadt Würzburg hielt Oberbürgermeister Griesler den Vertretertag willkommen. Sodann beschloß die Versammlung die Abendung eines Jubiläumstelegrammes an den hl. Vater folgenden Inhalts:

„Die in Würzburg zum ersten Male nach dem Weltkrieg versammelten Vorstände der katholischen Organisationen Deutschlands bringen Eurer Heiligkeit ihre erlauchteste Huldigung und das Gelübde unerschütterlicher Treue zum Stuhle Petri dar. Wir danken Dir, heiligster Vater, für alles, was Du in unermüdlicher väterlicher Hirtenfürsorge während des Krieges für unsere gefangenen Brüder, für alle notleidenden, hungernden Kinder und für die deutschen katholischen Missionen sowie für die Versorgung der Völker im Heile Jesu Christi getan hast. Wir betonen uns treu zu Deiner Gnade über den Völkern, Anlässlich des Jahrestages der Einnahme Roms, am 20. September 1870, erheben wir aufs neue unsere Stimme gegen das dem Obersten Hirten der Herde Christi ungehörig Ansehen und setzen zu Gott um seinen Segen und Schirm über seine Kirche in schwerster Zeit. Für unsere Tagung erbitten wir, heiligster Vater, ersuchstest Du Deinen Segen. Pfalz Löwentstein, Präsident.“

Sodann wurde zum Vorsitzenden der Versammlung unter lebhaftem Beifall Geheimrat Dr. Borck gewählt. Hierauf sprach Prälat Dr. Pieper, München-Gladbach, über den Gemeinheitsgeist und seine Pflege zum Wiederaufbau unseres Volkes. Die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners begeisterten in folgenden Worten: Das tiefste Unglück des deutschen Volkes sei der schändliche Zusammenbruch seines Gemeinheitslebens. Hilfe könne daher nur kommen von der Erneuerung des Gemeinheitslebens, es müsse dafür geortet werden, daß das Gemeinheitsleben von unten wieder aufgebaut werde. Nebenall müsse das organische Volksgemeinschaftsleben und das Familienleben gepflegt und gefördert werden, wie dieser Geist auch Eingang haben müsse in Schule, Jugendvereine, Standesvereine und in die Gemeinde. Die erste Voraussetzung aber sei die Erweckung der Lebenskraft in Volk und Nation. Die Lebenskraft in dieser höchsten Gemeinschaft aber gäbe die Gottes- und Bruderverliebe Christi. Ueber „Inners Mission des deutschen Katholizismus“ sprach sodann Stadtpfarrer Knebel-Freiburg. Die innere Mission sei eine große Sorge in der Not der Zeit. Die Heilung müsse an der Wurzel, in der Seele und im Herz einleiten. Durch die viele Vereinsarbeit und ein Uebermaß an äußeren Aufgaben sei dieser vielfach „entgeistlicht“. Gest uns wieder Geistes, Priester Seelenführer, so sei der Ruf unserer Zeit. Vielen Ruf hören, heißt das für uns, daß Seelsorger gebildet werden. Ueber „Neuere Mission des deutschen Katholizismus“ sprach Abt Norbert Weber, St. Ottilien. Er führte ungefähr folgendes aus: An den Katholiken Deutschlands sei es, bei

der augenblicklichen Lage der Weltmission sich der Missionsarbeit mit besonderer Wärme anzunehmen. Auch wenn Deutschland für den Augenblick keine Kolonien mehr habe, so bleibe doch das klare „Gott will es“ eine ebenso klare Aufforderung an Deutschland zur Mitarbeit. Die tiefgläubig aufgefachte Missionsarbeit im Ausland bedeutet zugleich einen fundamentalen und geistigen Wiederaufbau der Heimat. Am Nachmittag sprach zunächst Geheimrat Marg über „Schulstreik und Elternvereinigungen“. Aus den bemerkenswerten Ausführungen des Redners, die die lebhafteste Zustimmung der Versammlung fanden, heben wir besonders folgende Gedanken hervor. Der Schulstreik müsse wegen seiner schlimmen Folgen als ein Uebel angesehen werden, das, wenn irgend möglich, zu vermeiden sei. Der Streit dürfe nur zum Zwecke höherer sittlicher Güter angewandt werden, wenn dieser Zweck nicht auf anderem Wege erreicht werden könne. Die Tatsache, daß ein Lehrer sich weigere, Religionsunterricht zu erteilen, könne für sich allein nicht als ausreichender Grund angesehen werden, einen Schulstreik zu unternehmen. Da die Eltern in ihrer erklärlichen Erregung voraussichtlich nicht immer ganz objektiv entscheiden könnten, sei es ratsam, vor der Entscheidung, daß ein Schulstreik zu unternehmen sei, das Urteil ausschlaggebender Stellen einzuholen. Als eine solche Stelle sei der Ortsrat oder der Bezirksausschuß der katholischen Schulorganisationen am zurechnungsfähigsten anzusehen. Als letzter Redner sprach Oberkaplan Dr. Höber. Er sprach über die einzelnen Katholikentage. Am Abend fand eine öffentliche Versammlung statt, in der Prof. Dr. Meintz unter Vorsitz von Lichtbildern über „Programm moderner christlicher Kunst“ sprach.

Ein Bund zwischen Frankreich und Italien?

Ein außenpolitischer Mitarbeiter schreibt uns zu den Verhandlungen und Absprachen zwischen Giolitti und Mitterand folgendes:

Man wird gut tun, die Verhandlungen zwischen Giolitti und Mitterand in Abz. Paris hinsichtlich ihrer politischen und namentlich weltpolitischen Bedeutung gerade auch vom Standpunkte der deutschen Außenpolitik aus mit allem Ernste und mit der größten Aufmerksamkeit zu würdigen. Sie haben nichts Geringeres gezeitigt, als die erste Etappe für einen engeren Bund, um nicht zu sagen, für ein Bündnis zwischen Frankreich und Italien. Die offizielle Kundgebung, die Paris als Ergebnis der Besprechungen der Delegation übergibt, schließt mit dem bemerkenswerten Satz: „Die beiden Ministerpräsidenten sind der seit n Ueberezeugung von der Notwendigkeit der Entente zwischen den beiden großen lateinischen Ländern. Nun haben wir und ist im Laufe der Jahre daran gewöhnt, solche diplomatischen Noten und Auslassungen nicht nur in Italien zu nehmen. Man weiß, daß sie in vielen Fällen nichts anderes als Verhüllungssprache oder doch Mittel zur Erreichung ganz bestimmter innerpolitischer wie internationaler Zwecke sind. Auch für Italien trifft das im gegenwärtigen Augenblicke zu. Von den siegenden Ländern, ist es dasjenige, welches augenblicklich unter den schwersten wirtschaftlichen und auch politischen Verhältnissen leidet. Auch heute noch haben die russischen Imperialisten, wie namentlich die fortgesetzte Ursache über die Arbeitsfrage neben vielen anderen beweist, einen überaus starken Einfluß auf die Bestimmung der Politik. In der Abz. Paris geht es zunächst einmal um die Schaffung, Giolitti hat das anscheinend durch Zusage Mitterands erreicht, die soweit gehen, daß Mitterand den zwischen den beteiligten Kreisen in trefflichen Verhandlungen im Rahmen Frankreichs schon „vorher“ keine Zustimmung erteilt. Um den Preis dieser Zugeständnisse konnte allerdings Giolitti mancherlei französischen Wünschen sich zeigen. Welcher Art im einzelnen sie sind, läßt sich jetzt noch nicht erkennen. Doch sie sind aber im großen und ganzen auf der Linie: bewahren, Italien von Zerschmetterungen durch die Auslösung und Handhabung des Versailler Vertrages abzuhalten, ist klar. Die jetzigen Absprachen haben also ohne Zweifel eine Annäherung Italiens an Frankreich in oben Dingen gebracht. Damit müssen wir nun einmal rechnen. Ueberallst brauchen wir nicht von dieser Einwa zu sein. — Dem gerade wir haben an diese Zeit immer und immer wieder vorzuführen in diesen Fragen gewarnt, und geltend gemacht, daß — mögen auch in Einzelheiten die Auffassungen auseinandergehen — doch im Hinblick auf das Gesamtwerk von Versailles die Einigkeit der Entente, solange eben dieser Vertrag besteht, eine gute politische Tatsache ist. Jede Hoffnung auf eine Durchbrechung dieser Einigkeit durch irgend welche politische Winkelzüge wäre vollständig unmöglich. Gerade um Lügen und Miße, die sich da aufstehen könnten und auch aufstehen haben, zu stoppen, hat ein Mitterand mit Giolitti sich ins Benehmen gesetzt und anscheinend auch erreicht, daß Italien seine „prinzipielle“ „Vertragsentente“ erneuert. Die Notwendigkeit, welche die beiden Staatsmänner zu dieser „Einigung“ trieben, liegen je auf verschiedenem Gebiete. Wir haben das oben angedeutet. Man muß den Vorgang daher auch vom inneritalienischen Standpunkte aus betrachten. Die Dinge werden für Deutschland bezüglich Italiens gewiß nicht stillstehen sich gestalten, als sie auf Grund der ganzen Lage, in der wir uns nun einmal befinden, bisher schon waren. Aber auch dieser Vorgang sollte uns wieder lehren, bei Beurteilung des Verhältnisses zwischen Deutschland und dem Auslande größtmögliche Wachsamkeit, Ruhe und Sachlichkeit an den Tag zu legen.